

Land spart ohne Rücksicht auf die Menschen

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G

Der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Schneck:

Die niedersächsische Landesregierung riskiert nicht nur Qualitätseinbußen der Arbeit in den Gerichten, sondern schickt auch gut ausgebildete Junge Menschen in die Arbeitslosigkeit. Auch in den Gerichten in Gifhorn und Wolfsburg sind betroffen.

Klaus Schneck ist seit vier Monaten Mitglied der niedersächsischen Landtages. Als Nachrücker kann man sich nicht aussuchen, in welchem Ausschuss man mitarbeiten muss. So kam dem Betriebsrat Klaus Schneck die Aufgabe zu, die SPD im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zu vertreten. Auch dort hat die Landespolitik direkte Auswirkung auf die Menschen in Gifhorn.

Die Landesregierung fährt einen Sparkurs, der nur zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen geht. Jetzt wird auch noch bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften dringend benötigtes Personal nicht übernommen. Für Servicebereich der Justizbehörden wurden in den letzten Jahren junge Männer und Frauen zu Justizsekretärinnen und Justizsekretären ausgebildet. Aber nur einige von ihnen haben einen Zeitvertrag bis zum 30. Juni 2005 erhalten. Die Landesregierung will diese hoch qualifizierten Kräfte nicht übernehmen. Laut Aussage von Verantwortlichen an den Gerichten und Staatsanwaltschaften, werde sie aber dringend gebraucht. Die Arbeitsbelastung wächst weiter, was für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet, dass Verfahren immer länger bis zum Abschluss brauchen werden.

Einsparungen in der Justiz dürfen nicht zu Lasten der Qualität gehen. Deshalb hat die SPD im Landtag gefordert, die ausgebildeten Justizsekretärinnen und Justizsekretäre unbefristet zu beschäftigen und auch weiterhin auszubilden. Daraufhin ist Bewegung in die Sache gekommen. Immerhin wurden die Verträge der Justizsekretärinnen und Justizsekretären bis zum Ende diesen Jahres verlängert. Aber auch dies reicht nicht aus.